



öffentlich

Betreff:

Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW, Grüne, LINKE, aNDERE	Erstellungsdatum	01.12.2015
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
27.01.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Potsdam hat in den letzten Monaten mit großen Anstrengungen die Aufgaben bewältigt, die sich aus dem Zuzug von Flüchtlingen in die Landeshauptstadt ergeben haben. Während es im Jahr 2015 vor allem um die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge ging, muss sich der Fokus in den kommenden Jahren besonders auf Integration der Flüchtlinge richten. Die folgenden Maßnahmen sollen die seitens der Verwaltung bereits begonnen konzeptionellen Planungen unterstützen:

1. Schaffung von Unterkünften und Wohnungen

Auf der Basis des Wohnungspolitischen Konzeptes der Landeshauptstadt Potsdam und der Planungen insbesondere der städtischen Pro Potsdam zur Schaffung von Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten sollen folgende Maßnahmen geprüft werden, um zusätzlichen Wohnraum, auch für Flüchtlinge, zu schaffen.

Zur Deckung des Wohnraumbedarfs zu sozialverträglichen Mieten für Wohnungssuchende mit geringen Einkommen, zu denen auch die Flüchtlinge gehören, soll die Verwaltung

- bestehende Baurechte durch gezielte Bewerbung bei Bauwilligen aktivieren
- Wohnbauprojekte der Pro Potsdam und privater Investoren beschleunigen, um den Bestand zu erhöhen
- nach Prüfung im Einzelfall, die Möglichkeit städtebaulicher Verträge zur Bindung von Wohnraum für sozial Bedürftige bei Bauprojekten auf bzw. für Flächen, auf denen derzeit noch kein Baurecht besteht nutzen
- das Bündnis für Wohnen aktivieren und einbeziehen
- die Wohlfahrtsverbände an der Errichtung von Wohnungsverbänden aktiv beteiligen

Fortsetzung Beschlussvorschlag ab Seite 3

gez. M. Schubert M. Finken S. Schüler H.-J. Scharfenberg S. Anlauff S. Szilleweit
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt seit Monaten eine große Zahl an Flüchtlingen auf. Alle Prognosen des Jahres mussten nach oben korrigiert werden. 5,9 Prozent aller im Land Brandenburg aufgenommen Flüchtlinge werden in Potsdam untergebracht. Unsere vordringliche Aufgabe ist es, zuallererst eine menschenwürdige Unterkunft und eine Versorgung zu bieten. Nach Aussagen der Verwaltung in der AG Asyl werden allein für die Unterbringung der in 2015 aufgenommenen Flüchtlinge voraussichtlich knapp 900 Wohnungen zusätzlich benötigt. Dieser Bedarf entsteht zusätzlich zu den etwa 1.500 Wohnungssuchenden mit Wohnberechtigungsschein und ohne die Bedarfe für das Jahr 2016.

Neben der Unterkunft als Schaffung einer existenziellen Grundlage muss auch in der Integrationsarbeit auf die steigenden Bedarfe reagiert werden. Diejenigen, die bereits in Potsdam angekommen sind, konnten dank einer engagierten und vorausschauenden Arbeit der Verwaltung und des großen ehrenamtlichem Engagements vieler freiwilliger Helferinnen und Helfer und der Hilfsorganisationen freundlich willkommen geheißen werden. Damit das so bleibt und wir nach der Unterbringung und Versorgung auch die großen Herausforderungen, die aus der Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft erwachsen, bewältigen können, sind weitere Anstrengungen notwendig.

Fortsetzung Beschlussvorschlag:

Auch der nicht belegungsgebundene und preisfreie Wohnungsmarkt leistet seinen Beitrag. Deshalb soll bei der laufenden Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung darauf gedrängt werden, dass die Änderungen nicht zu einer weiteren Baukostensteigerung führen und dass Verdichtung und Ausbau vorhandener Gebäude erleichtert werden.

Der jährliche Wohnungsmarktbericht der LHP soll darüber hinaus um die aktuellen Fördermöglichkeiten// -programme ergänzt werden.

Bei der Schaffung von Gemeinschaftsunterbringungen soll gesichert werden, dass neben der Unterkunft auch Räumlichkeiten für Freizeitgestaltung, Aufenthalt und soziale Betreuung eingeplant sind. Die Standorte sollen so gewählt werden, dass Nutzungskonflikte möglichst vermieden werden. Bei der Planung und Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte soll der Aspekt der Nachhaltigkeit stärkere Beachtung finden.

2. Anpassung der Rahmenbedingungen für die Integrationsarbeit

- Zur Förderung von Nachbarschaftsinitiativen sollen die bisher zur Verfügung gestellten Mittel von 150.000 Euro entsprechend der steigenden Zahl von Flüchtlingen angepasst werden. Eine personelle Aufstockung in Begegnungshäusern, Stadtteilzentren und Quartiermanagement soll geprüft werden.
- Die finanzielle Unterstützung für die Betreuung von Flüchtlingskindern in den Kitas ist bedarfsgerecht anzupassen und zu verstetigen.
- Die Platzkapazitäten zur Betreuung von Flüchtlingskindern in Kindertagesstätten, besonders in der Altersgruppe 0 bis 3 Jahre, sind dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Der Rechtsanspruch auch von Flüchtlingskindern auf einen Kita-Platz ist in der Kita-Bedarfsplanung der kommenden Jahre zu berücksichtigen.
- Kinder- und Gewaltschutzkonzepte sind in Zusammenarbeit mit den Trägern für die Gemeinschaftsunterkünfte zu entwickeln.
- In der laufenden Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung müssen die höheren Flüchtlingszahlen unmittelbar berücksichtigt werden. Bedarfe und Lösungsmöglichkeiten sollen der Stadtverordnetenversammlung nach Beratung im Ausschuss für Bildung und Sport sowie der AG Schulentwicklungsplanung im Mai 2016 vorgelegt werden.
- Gemeinsam mit den kulturellen und Bildungseinrichtungen der Stadt, den freien Kulturträgern und dem Fachbereich Kultur und Museum sowie Bildung und Sport sind Konzepte zur Unterstützung von Sprachkursen zur Vermittlung kultureller Bildung und Teilhabe am kulturellen und sportlichen Leben in Potsdam zu entwickeln und zu fördern.
- Im Sinne einer bestmöglichen Integration müssen Lösungen für eine über die Stadt gleichmäßig verteilte Beschulung von Flüchtlingskindern gefunden werden. Es soll keine reinen „Schwerpunktschulen“ für Flüchtlingskinder geben.
- Für die ankommenden Flüchtlinge und die Potsdamerinnen und Potsdamer veröffentlicht die Verwaltung in deutscher Sprache und in den Sprachen der jeweiligen Nationalitäten Information zu integrationsrelevanten Themen und macht diese auch über die Internetseiten der Landeshauptstadt Potsdam abrufbar.
- Beratungsangebote für Flüchtlinge sollen niedrigschwellig zugänglich sein und auch ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in Sportvereinen, Flüchtlingshilfe und Nachbarschaft unbürokratisch offenstehen.

3. Schaffung der Organisatorischen Voraussetzungen

Grundsätzlich ist zu darzustellen, wie lange beabsichtigt ist, neue zumindest mittelfristige Daueraufgaben in Projektstrukturen zu bewältigen und wie in dieser Zeit Doppelbelastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung vermieden werden sollen und die Aufgabenerfüllung dennoch gewährleistet werden kann.

- Im Fachbereich Soziales und Gesundheit, Bereich Wohnen ist zu überprüfen, ob die Personalausstattung für die zusätzlichen Aufgaben mittelfristig angemessen ist. Als mögliche Entlastung ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Pro Potsdam in Erwägung zu ziehen.
- Im Fachbereich Soziales und Gesundheit ist gemeinsam mit Vertretern der Kleinen Liga der Wohlfahrtsverbände über Formen einer regelmäßigen Abstimmung zwischen an der Integrationsarbeit mit Flüchtlingen haupt- und ehrenamtlich Beteiligten auf der Grundlage von klaren Kommunikationsstrukturen nachzudenken. Konkrete, wiederkehrende Abläufe in der Integrationsarbeit sind aufzuzeigen, miteinander abzustimmen und in einem Arbeitspapier für die praktische Arbeit darzustellen. Die bereits im Werkstattbericht „Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam“ vom März 2014 vorgestellten Verfahrensweisen sind dabei zu nutzen.

Der Fachbereich Feuerwehr initiiert mit den freiwilligen Feuerwehren der Landeshauptstadt Potsdam ein Projekt zur mehrsprachigen Brandschutzerziehung und prüft Möglichkeiten der Integration der Flüchtlinge als ehrenamtliche Mitglieder in den freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen in der Landeshauptstadt Potsdam.

Gemeinsam mit dem Stadtsporthund und den Potsdamer Vereinen sind Konzepte zur Integration in die Potsdamer Sportvereine zu entwickeln und zu fördern.

Im Fachbereich Bildung und Sport soll geprüft werden, ob durch Veränderungen der bestehenden Organisationsstruktur den Herausforderungen bei der Integrationsarbeit besser entsprochen werden kann.

4. Würdigung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements

Die Stadt soll diejenigen, die sich als Helferinnen und Helfer bei der Flüchtlingsarbeit engagieren, in geeigneter Form würdigen.

Es soll geprüft werden, ob und wie die freiwilligen Helfer für die bei der ehrenamtlichen Tätigkeit entstehenden Aufwendungen entschädigt werden können.

Die Beschäftigten in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit wie auch die ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Engagierten sollen durch spezifische Qualifizierungsangebote geschult werden.

Bestehende Strukturen der Integrationsarbeit in Potsdam sollen mit dem Integrationsbündnis Brandenburg vernetzt werden.

Die Ergebnisse der Prüfungen für alle Maßnahmen und ihre finanziellen Auswirkungen sind im April 2016 dem Hauptausschuss vorzustellen. Die notwendigen finanziellen Mittel sollen in einem möglichen Nachtragshaushalt der LHP berücksichtigt werden.